



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2018

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung	3
II.	Zusammenfassung Deutschland	4
III.	Deutschland – Daten 2018	7
IV.	Zusammenfassung Länder	12
V.	Länder – Daten 2018	17
VI.	Tabellenverzeichnis	37

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Bevölkerungsschlüssel auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfangenden, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, mit Wirkung für den Berichtszeitraum zuletzt geändert am 17. Februar 2016 sowie am 26. Juni 2018, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen - Hilfeempfangenden geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2018 **787 523 Lebendgeburten**. Im Vergleich zum Vorjahr (784 901 Geburten) war damit die Geburtenzahl um **0,33 %** leicht gestiegen. In den Vorjahren, mit Ausnahme des Jahres 2017 mit einem Geburtenrückgang von 0,91 %, waren dagegen hohe Steigerungen zu verzeichnen: Allein von 2015 auf 2016 gab es einen Anstieg um 7,40 %, in den Jahren davor um 3,17 % und 4,82 %. Die Geburtenzahl stabilisiert sich damit auf hohem Niveau.

2018 gab es **153 724 Antragstellerinnen** bei der Bundesstiftung Mutter und Kind. Damit war ein Rückgang von 7,7 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, fast ebenso bei der Zahl der **Hilfeempfängerinnen** (minus 7,8 %; 2018: **140 818**; 2017: 152 652). Damit befanden sich aber sowohl die Antrags- als auch die Bewilligungszahlen weiterhin auf erhöhtem Niveau. Die Bewilligungsquote ist mit 92 % gleichgeblieben (Tabelle 1).

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten in 2018 **17,9 %** (2017: 19,5 %). Der Anteil verringerte sich um 1,6 Prozentpunkte, wodurch in 2018 nicht mehr annähernd jede fünfte, sondern etwas mehr als **jede sechste Schwangere**¹ von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt wurde.

Bei den Altersgruppen der Hilfeempfängerinnen gab es in 2018, wie bereits die Jahre zuvor, keine Änderung gegenüber dem Vorjahr. Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** lag konstant bei **98 %** (Tabelle 2). Seit 2018 wird bei der Auswertung nicht mehr zwischen unter 14-jährigen und 14 bis 17-jährigen Schwangeren unterschieden. Grund hierfür ist der Datenschutz. Die Hilfeempfängerinnen werden nur noch anhand der Kriterien „bis 17 Jahren“ und „ab 18 Jahren“ differenziert.

In Bezug auf den **wirtschaftlichen Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt), war in der Gruppe „Einkommen aus selbstständiger und nicht selbständiger Arbeit“ ein Rückgang zum Vorjahr um 2 Prozentpunkte zu verzeichnen. Insgesamt ist in dieser Gruppe seit 2012 ein stetiger Rückgang festzustellen. Wahrscheinlich aufgrund der rückläufigen Zahl Geflüchteter war im Berichtszeitraum der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** erhielten, um 3 Prozentpunkte gesunken. Dahingegen war der Anteil an Hilfeempfängerinnen, die weder

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2018 geboren wurden, zum Teil bereits in 2017 erfolgt sind und zum anderen Kinder, für die noch in 2018 eine Bewilligung ausgesprochen wurde, erst Anfang 2019 geboren wurden.

eigenes Einkommen noch Sozialleistungen bezogen, um 3 Prozentpunkte gestiegen. Bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen mit anderen Einkommensarten gab es gegenüber zum Vorjahr keine oder nur geringfügige Veränderungen (Tabelle 3).

Daten zur **Staatsangehörigkeit** der Hilfeempfängerinnen wurden aufgrund von Datenschutzgründen seit 2018 nicht mehr erhoben, wodurch hier keine Aussage zu möglichen Veränderungen mehr getroffen werden kann (Tabelle 4).

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es in 2018 keine Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend nach der 12. **Schwangerschaftswoche**² beantragt. Im Berichtsjahr sowie im Vorjahr lag der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die ihren Antrag nach der 20. Schwangerschaftswoche stellten, bei 68 %. Der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche lag bei 4 %. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge machten nach wie vor 28 % aus (Tabelle 5).

Die **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen hatten sich gegenüber 2017 nur marginal verändert. Die größte Gruppe mit 51 % bildeten diejenigen Hilfeempfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten. Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben. Der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden fiel um einen Prozentpunkt auf 32 %. Dahingegen stieg der prozentuale Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen um einen Prozentpunkt auf 17 % (Tabelle 6).³

In 2018 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben und nur um 4 Beratungsstellen gesunken⁴. Insgesamt wirkten somit 1 245 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 83 % in freier Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **140 818 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2018 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung 684 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um 61 Euro höher. Das entspricht einer Erhöhung von 9,8 % (Tabelle 9). Und dies obgleich es in 2018, wie auch im Vorjahr, keine Sonderausschüttung aus dem Stiftungsvermögen gab. Die in 2017 erstmalig erfolgte Erhöhung der Bundeseinlage von 4 Mio. Euro ist auch im Berichtsjahr

² Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrnin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung die Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

³ Zahlen aus dem Jahr 2017 bzw. aus dem Sozialdatenbericht 2017 wurden aufgrund einer früheren fehlerhaften Datenübermittlung nachträglich korrigiert (siehe auch Fußnote 7). Als Folge haben sich auch die entsprechenden Daten für Deutschland bzgl. 2017 gegenüber den Angaben im Vorbericht geändert.

⁴ Die Anzahl der mitwirkenden Beratungsstellen wurde für 2017 nachträglich korrigiert. Sie betrug richtig 1 249. Es liegt daher eine Abweichungen gegenüber dem Sozialdatenbericht 2017 vor (Tabellen 7 und 27).

vom Bundesgesetzgeber bewilligt worden. Im Ergebnis hat der Bund damit dieselbe Höhe an finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt, wie auch im Vorjahr, trotz dessen hat sich der Durchschnittsbetrag an Bewilligungen erhöht.

Die Erhöhung des Durchschnittsbetrags ergab sich zum einen aus dem Rückgang der Hilfeempfängerinnen um 7,8 %. Außerdem hat sich die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** zu 2017 verändert: Während sich der Teil der Bewilligungen bis zu 600 Euro um 9 Prozentpunkte verringert hatte, war der Teil der Bewilligungen bis zu 1 000 Euro um 9 Prozentpunkte gestiegen. Auch die Bewilligungen bis 300 Euro fielen um 3 Prozentpunkte, wohingegen die Bewilligungen bis 1 500 Euro um 2 Prozentpunkte und jene über 1 500 Euro um 1 Prozentpunkt anstiegen. Es liegt somit eine Verschiebung zu Gunsten von höheren Bewilligungsbeträgen vor (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30) und dies mit der Entwicklung aus dem Vorjahr⁵ vergleicht:

2018 wurden in 2 Ländern am häufigsten Beträge bis 300 Euro bewilligt, und zwar zu 54 % in Baden-Württemberg bzw. zu 47 % in Bremen. 2017 war das in Bremen dahingegen noch zu 70 % der Fall bzw. in Baden-Württemberg zu 55 %.

In 2018 erhielten in 7 Ländern die meisten Hilfeempfängerinnen bei der Erstbewilligung eine Summe über 300 und bis 600 Euro. In 5 Ländern betrug dieser Anteil zwischen 61 % und 68 %. 2017 gab es dahingegen 10 Länder, die bei der Erstbewilligung am häufigsten eine Summe über 300 und bis 600 Euro gewährten.

Eine Zunahme gab es ebenfalls bei den Bewilligungen, bei denen eine Summe zwischen 600 und 1 000 Euro gewährt wurde. 2018 wurden in 7 Ländern am häufigsten Beträge zwischen 600 und 1 000 Euro ausbezahlt, in Sachsen-Anhalt sogar 70 % (vgl. 2017: 19 %). 2017 war dies nur in 4 Ländern die häufigste Bewilligungssumme. 2018 lag damit auch in den Ländern eine deutliche Verschiebung zu höheren Bewilligungssummen vor.

⁵ Siehe Sozialdatenbericht 2017, Tabelle 30; <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“.

III. Deutschland – Daten 2018

Endgültige Geburtenzahl: 787 523 (2017: 784 901)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2009	158 215 (100 %)	145 273 (92 %)
Veränderung 2008/2009	+ 1,1 %	+ 0,1 %
2010	156 536 (100 %)	144 958 (93 %)
Veränderung 2009/2010	- 1 %	- 0,2 %
2011	144 504 (100 %)	132 359 (92 %)
Veränderung 2010/2011	- 7,7 %	- 8,7 %
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	14,0 %	14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %
2018	153 724 (100 %)	140 818 (92 %)
Veränderung 2017/2018	- 7,7 %	- 7,8 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfangenden in Deutschland

Alter der Hilfeempfangenden	unter 14 Jahre	14 bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2009	54 (0 %)	3 984 (3 %)	141 235 (97 %)
2010	44 (0 %)	3 835 (3 %)	141 079 (97 %)
2011	39 (0 %)	3 344 (3 %)	128 976 (97 %)
2012	41 (0 %)	3 316 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	45 (0 %)	3 072 (2 %)	149 535 (98 %)
Änderung der Erfassung*)	bis 17 Jahre		ab 18 Jahre
2018	2 632 (2 %)		138 186 (98 %)

*) Seit 2018 wird bei der Auswertung aus Datenschutzgründen nicht mehr zwischen unter 14-jährigen und 14 bis 17-jährigen Schwangeren unterschieden.

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfangenden (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ⁶	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2009	35 647 (25 %)	7 303 (5 %)	6 686 (5 %)	70 610 (49 %)	2 081 (1 %)	4 030 (3 %)	18 916 (13 %)
2010	35 495 (24 %)	6 835 (5 %)	6 755 (5 %)	70 813 (49 %)	2 179 (2 %)	4 335 (3 %)	18 546 (13 %)
2011	33 397 (25 %)	5 883 (4 %)	6 299 (5 %)	63 423 (48 %)	2 558 (2 %)	3 935 (3 %)	16 864 (13 %)
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2 850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3 836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)
2018	25 449 (18 %)	2 875 (2 %)	2 929 (2 %)	74 581 (53 %)	10 181 (7 %)	6 734 (5 %)	18 060 (13 %)

⁶ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Diese Daten werden ab dem Erhebungszeitraum 2018 aus Datenschutzgründen nicht mehr erhoben. Daten bis 2017 sind in den Vorberichten enthalten (siehe <https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/fachinformation/> „Sozialdatenstatistik“).

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach 20. Woche
2009	10 949 (7 %)	44 690 (31 %)	89 634 (62 %)
2010	10 886 (8 %)	45 381 (31 %)	88 691 (61 %)
2011	9 535 (7 %)	41 376 (31 %)	81 448 (62 %)
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)
2018	5 524 (4 %)	39 250 (28 %)	96 044 (68 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2009	60 083 (41 %)	52 930 (37 %)	32 260 (22 %)
2010	59 033 (41 %)	54 602 (38 %)	31 323 (22 %)
2011	52 603 (40 %)	50 664 (38 %)	29 092 (22 %)
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016 ⁶	78 706 (50 %)	51 552 (33 %)	26 424 (17 %)
2017 ⁷	77 534 (51 %)	50 661 (33 %)	24 457 (16 %)
2018	71 199 (50 %)	47 343 (34 %)	22 276 (16 %)

⁷ Die Anzahl der Hilfeempfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft bzw. alleine leben, wurde aufgrund einer fehlerhaften Datenübermittlung korrigiert. Es kommt daher zu Abweichungen zu den Sozialdatenberichten 2016 und 2017 (Tabellen 6 und 26).

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschafts-beratungsstellen	Freie Träger-schaft	Staatlich / kom-munale Träger-schaft
2009	1 276	1 026	250
Veränderung 2008/2009	+ 0,1 %	+ 0,8 %	- 2,7 %
2010	1 284	1 033	251
Veränderung 2009/2010	+ 0,6 %	+ 0,7 %	+ 0,4 %
2011	1 273	1 027	246
Veränderung 2010/2011	- 0,9 %	- 0,6 %	- 2,0 %
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017	1 249	1 029	220
Veränderung 2016/2017	- 0,4 %	+ 0,3 %	- 3,5 %
2018	1 245	1 030	215
Veränderung 2017/2018	- 0,3 %	+ 0,1 %	- 2,3 %

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

Durchschnittsbetrag	Für jede Hilfeempfängerin durchschnittlich
2009	649 Euro
Veränderung 2008/2009	+ 20 Euro
2010	651 Euro
Veränderung 2009/2010	+ 2 Euro
2011	682 Euro
Veränderung 2010/2011	+ 31 Euro
2012	695 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro
2013	692 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro
2014	694 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro
2015	669 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro
2016	634 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro
2017	623 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro
2018	684 Euro
Veränderung 2017/2018	+ 61 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2018

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2009	14 543 (10 %)	64 475 (44 %)	45 933 (32 %)	18 350 (13 %)	1 836 (1 %)
2010	13 667 (9 %)	65 610 (45 %)	46 816 (32 %)	17 351 (12 %)	1 513 (1 %)
2011	12 720 (10 %)	58 357 (44 %)	43 694 (33 %)	16 065 (12 %)	1 523 (1 %)
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)
2018	20 286 (14 %)	60 330 (43 %)	45 351 (32 %)	12 130 (9 %)	2 721 (2 %)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2018 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

2018 ging in allen Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zwischen 4,2 % und 13,1 % zurück. Dies zeigte sich ähnlich bei den Antragszahlen mit Rückgängen zwischen 4,2 % und 13,2 %. Bei den Bewilligungen waren Rückgänge von über 10 % in Bayern (13,1 %), Sachsen-Anhalt (11,9 %), Saarland (10,8 %), Berlin (10,7 %), Thüringen (10,5 %) und Hamburg (10,1 %) zu verzeichnen (Tabelle 15). In diesen Ländern waren auch die Antragszahlen etwa in dieser Höhe gesunken, außer in Hamburg: Dort ging die Zahl der Anträge nur um 4,6 % zurück (Tabelle 14).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnte im Jahr 2018 das Saarland mit 97 % verzeichnen. Die Bewilligungsquote erhöhte sich um einen Prozentpunkt. Die niedrigsten Bewilligungsquoten gab es in Berlin, Brandenburg und Hamburg mit jeweils 88 %. In allen anderen Ländern betrug sie zwischen 89 und 96 % (Tabelle 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen unter 18 Jahren** lag im Berichtszeitraum durchschnittlich bei 2 %. Sachsen-Anhalt war das einzige Bundesland, das mit 4 % mit mehr als einem Prozentpunkt vom Durchschnittswert abweicht. Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren** lag 2018 wie im Vorjahr im Durchschnitt bei 98 %. In den Ländern reicht die Spanne wieder von 96 bis 99 % (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in Deutschland kaum (Tabelle 3). Wie stets waren aber in den Bundesländern Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war im Bundesdurchschnitt um einen Prozentpunkt auf 53 % gestiegen. Im Gegensatz zum Vorjahr, in dem in allen Bundesländern die Anteile der Hilfeempfängerinnen mit SGB II und SGB XII-Leistungen zwischen 2 und 9 Prozentpunkten gestiegen waren, sind im Berichtsjahr in 2 Ländern keine Veränderung, in 9 Ländern eine Erhöhung und in 5 Ländern eine Verringerung zu verzeichnen gewesen. Die Verringerungen waren mit einem Höchstwert von 4 Prozentpunkten gering. Auch die Erhöhungen waren, mit Ausnahme von Berlin (6 Prozentpunkte), mit Abweichungen zwischen 1 und 4 Prozentpunkten ebenfalls gering.

Auch in 2018 war der Leistungsbezug nach SGB II und SGB XII in fast allen Ländern die häufigste Einkommensart mit Anteilen zwischen 43 % (Baden-Württemberg) und 69 % (Berlin). Dabei lag er in 11 Ländern über 50 % und in 4 Ländern über 60 %. Eine Ausnahme bildete nur Thüringen mit einem Anteil von 39 %, womit dort die Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach SGB II und SGB XII erhielten, mit 5 Prozentpunkten Unterschied zu jenen Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbstständiger oder nicht selbstständiger Tätigkeit erhalten, die zweitgrößte Gruppe stellten (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, betrug bundesweit in 2018 18 % und somit 2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Etwa in diesem Bereich bewegte er sich in den meisten Ländern. Deutlich höher lag er jedoch in Schleswig-Holstein (30 %) und vor allem in Thüringen (44 %), wo diese Einkommensart am häufigsten das Haupteinkommen stellte. In Bremen (7 %) fiel der Anteil dieser Hilfeempfängerinnen dagegen deutlich niedriger aus. Dort lag diese Einkommensart auch nur an vierter Stelle. Ansonsten ist in 2018 Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 9 Bundesländern die zweithäufigste und in 5 Ländern die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** betrug mit 13 % im Bundesdurchschnitt 3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr und war damit der dritthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern belegte er fünfmal den zweiten Platz (13 % - 25 %), sechsmal den dritten Platz (9 % - 15 %) und viermal den vierten Platz (4 % - 8 %) (Tabelle 23).

Große Abweichungen zum Vorjahr zeigten sich dabei jedoch in Baden-Württemberg. Hier hatte sich zum einen die Anzahl der Hilfeempfängerinnen mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit um 25 Prozentpunkte auf 16 % verringert, wohingegen die Anzahl der Hilfeempfängerinnen ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen um 23 Prozentpunkte auf 25 % zugenommen hatte. Grund hierfür war eine Änderung bei der Datenerfassung, nachdem die von der Bundesgeschäftsführung mit den Zuweisungsempfängern erarbeitete Legende zur einheitlichen Erhebung der Statistikdaten in Kraft gesetzt wurde. Bis 2018 wurde in Baden-

Württemberg das Einkommen der gesamten Familie in der Statistik berücksichtigt. Seit 2018 ist ausschließlich das Einkommen der Schwangeren ausschlaggebend (Tabellen 17 und 23).

Während 2016 beim Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, ein deutlicher Anstieg auf 17 % im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen war, ging er 2017 auf 10 % zurück. Im Berichtsjahr 2018 ist der Bundesdurchschnitt nochmals um 3 Prozentpunkte auf 7 % gesunken. Entsprechend war in 12 Bundesländern ein Rückgang zu verzeichnen, in Hessen mit 5 Prozentpunkten der größte. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen blieb der Anteil verglichen zu 2017 gleich. Lediglich im Saarland war er um einen Prozentpunkt auf 3% gestiegen. In 10 Ländern stellt diese Haupteinkommensart die vierthäufigste dar (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt betrug der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, ein Prozentpunkt mehr als im Vorjahr und somit 5 %. Nach Ländern betrachtet, blieb er in 11 gleich, in einem Land war er gefallen und ein Plus gab es in 4 Ländern.

Die Veränderungen betragen 1 bis 3 Prozentpunkte. Eine Ausnahme, jedoch noch im Bereich der Normalschwankungen, gab es in Hessen mit einem Anstieg um 6 Prozentpunkte auf 13 %, womit diese Haupteinkommensart gleichzeitig die dritthäufigste darstellte. Am höchsten fiel der Anteil der sonstige Sozialleistungen beziehenden Hilfeempfängerinnen in Niedersachsen mit 15 % aus. Damit stellte der sonstige Sozialleistungsbezug dort sogar die zweithäufigste Haupteinkommensart dar. In Bayern war der Anteil mit 12 % gleichgeblieben (Tabelle 22).

Der Anteil der Bezieherinnen von **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** unter den Hilfeempfängerinnen im Bundesdurchschnitt lag ebenfalls unverändert bei 2 %. Nach Bundesländern betrachtet blieb er in 10 Ländern gleich und fiel in 5 Ländern um 1 bis 2 Prozentpunkte und nur in Baden-Württemberg war er um 3 Prozentpunkte gestiegen. Mit Werten von 0 bis 3 % in 14 Ländern lag er durchgehend niedrig. Höhere Werte gab es nur in Baden-Württemberg mit 4 % und in Sachsen-Anhalt mit 8 %. In letztgenanntem Land war dieser Bezug damit auch die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen (Tabelle 19).

Anders als im Vorjahr war in 2018 der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, in 11 Bundesländern unverändert und in 5 Bundesländern um einen Prozentpunkt gesunken. Mit Werten zwischen 0 und 3 % und einem Bundesdurchschnitt von 2 % lag er niedrig. Dennoch stellten SGB III-Leistungen in 11 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

Ab 2018 wird keine Aussage mehr zu dem prozentualen Anteil der **ausländischen Hilfeempfängerinnen** getroffen. Dieses Merkmal wird infolge der Einführung der Datenschutzgrundverordnung für die Sozialdatenstatistik des Bundes nicht mehr erhoben (Tabelle 24).

Auch im Berichtsjahr 2018 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungsmittel überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 68 % und somit unverändert zu 2017. Am seltensten wurden spätere Anträge mit 54 % im Saarland, mit 57 % in Sachsen und 58 % in Baden-Württemberg gestellt. In den übrigen Ländern kam dies bei mindestens 60 % und mehr der Antragstellerinnen vor, mit Abstand am häufigsten in Berlin mit 88 %, in Thüringen mit 89 % und in Bremen sogar mit 92 %.

Die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ waren im Saarland und in Baden-Württemberg am geringsten. Im Saarland stellten 35 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 54 % erst danach. In Baden-Württemberg betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 39 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 58 % der Anträge gestellt (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den westlichen Bundesländern und Berlin machten die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (Anteil in ehelicher Gemeinschaft lebender Hilfeempfängerinnen dort zwischen 47 % und 59 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen war zumeist der geringste - zwischen 9 % und 20 % - mit Ausnahme von Niedersachsen, wo 30 % in eheähnlicher Gemeinschaft lebten.

Thüringen war das einzige östliche Bundesland, in dem die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe ausmachten, allerdings waren es nur 38 %. Mit 33 % alleinlebenden⁸ Hilfeempfängerinnen und 29 %, die in eheähnlicher Gemeinschaft lebten, war die Verteilung dort ziemlich gleichmäßig (Tabelle 26).⁹

Im Bundesdurchschnitt stieg 2018 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 61 Euro und somit 9,8 %. In den Ländern war außer in Baden-Württemberg überall ein Anstieg zu verzeichnen (zwischen 1,6 und 25,1 %). Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war 2018 mit 25,1 % in Berlin zu verzeichnen, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 20,9 %. In Hessen war er um 17,7 % auf **684 Euro** angestiegen, was genau dem Bundesdurchschnitt entsprach. Der hohe Anstieg in Berlin könnte mit einer Verringerung der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 10,7 % in Zusammenhang stehen. Einen prozentualen

⁸ Erfasst werden auch im elterlichen Haushalt alleinlebende Hilfeempfängerinnen.

⁹ Im Saarland gab es zum Vorjahr keine Abweichungen. Die prozentualen Anteile sind gleichgeblieben. Abweichungen zu den Sozialdatenberichten 2016 und 2017 (Tabellen 6 und 26) ergeben sich durch eine fehlerhafte Datenübermittlung. Die dort getroffenen Aussagen zu den Lebensformen im Saarland werden revidiert. 2017 lag im Saarland der Anteil der in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen bei 59 %, jener der alleinlebenden Hilfeempfängerinnen bei 29 % und in eheähnlicher Gemeinschaft lebten 13 % der Hilfeempfängerinnen. 2016 lag im Saarland der Anteil der in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen bei 57 %, allein lebten 28 % und in eheähnlicher Gemeinschaft 15 %. Somit hatte sich der Anteil der in ehelicher Gemeinschaft lebenden um 13 Prozentpunkte erhöht, wohingegen sich der Anteil der Alleinlebenden um 9 Prozentpunkte verringert hatte. Diese Verschiebung zwischen den gerade genannten Lebensformen ab 2016 lässt sich damit erklären, dass in den Jahren ab 2015 die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen, die in ehelicher Gemeinschaft leben, anließ.

Rückgang des Durchschnittsbetrages gab es lediglich in Baden-Württemberg mit aber nur geringfügigen 0,8 %.

Erneut war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag in Höhe von nur 428 Euro, obwohl er um ganze 14,4 % (54 Euro) im Vergleich zu 2017 gestiegen war. Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2018 in Schleswig-Holstein mit 481 Euro, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit 501 Euro. Lagen 2017 die Durchschnittswerte in 4 Ländern unter 500 Euro, war dies 2018 in nur noch halb so vielen Ländern der Fall. 2018 lagen nur 8 Länder unter dem Bundesdurchschnitt, wohingegen das in 2017 noch in 10 Ländern der Fall war. In allen östlichen Bundesländern lag die durchschnittliche Bewilligungssumme über dem Bundesdurchschnitt.

Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2018 wieder in Bayern mit 1 142 Euro. Dieser war gegenüber dem Vorjahr um 103 Euro gestiegen. Es folgten mit Abstand Sachsen mit 860 Euro, Thüringen mit 843 Euro und Rheinland-Pfalz mit 813 Euro (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2018 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Mecklenburg-Vorpommern dahingegen hat erstmals 10 000 Euro selbst aufgewendet. Bayern hat Eigenmittel von 2 230 413 Euro eingebracht, 10 477 Euro mehr als 2017. Prozentual war das ein Anstieg um 0,47 %. In Thüringen gab es einen Anstieg von 22 746 Euro (104,9 %) auf 44 421 Euro. In Rheinland-Pfalz verringerte der Betrag sich um 40 073 Euro (13,8 %) auf 250 000 Euro. In Sachsen-Anhalt hat sich der Betrag auf 2 150 Euro verringert, womit eine Abnahme um 1 180 Euro (35,4 %) vorliegt (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2018

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	11 634 (100 %)	13 099 (100 %)	8 721 (100 %)	7 396 (100 %)
2010	11 285 (100 %)	13 971 (100 %)	8 919 (100 %)	7 274 (100 %)
2011	11 108 (100 %)	10 890 (100 %)	8 744 (100 %)	6 810 (100 %)
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)
2018	15 574 (100 %)	14 294 (100 %)	7 843 (100 %)	4 789 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	2 332 (100 %)	4 697 (100 %)	10 487 (100 %)	5 835 (100 %)
2010	2 074 (100 %)	4 687 (100 %)	10 331 (100 %)	5 703 (100 %)
2011	2 021 (100 %)	4 568 (100 %)	9 693 (100 %)	5 250 (100 %)
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)
2018	2 438 (100 %)	5 076 (100 %)	10 845 (100 %)	3 622 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	17 942 (100 %)	38 513 (100 %)	5 878 (100 %)	1 856 (100 %)
2010	17 797 (100 %)	37 887 (100 %)	5 718 (100 %)	1 755 (100 %)
2011	16 464 (100 %)	35 613 (100 %)	5 121 (100 %)	1 550 (100 %)
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)
2018	16 487 (100 %)	42 727 (100 %)	5 741 (100 %)	1 945 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	10 440 (100 %)	7 209 (100 %)	6 766 (100 %)	5 410 (100 %)
2010	9 867 (100 %)	6 747 (100 %)	6 835 (100 %)	5 686 (100 %)
2011	8 855 (100 %)	6 191 (100 %)	6 399 (100 %)	5 227 (100 %)
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)
2018	7 026 (100 %)	4 717 (100 %)	7 119 (100 %)	3 481 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	10 737 (92 %)	12 842 (98 %)	7 915 (91 %)	7 205 (97 %)
2010	10 915 (97 %)	13 564 (97 %)	8 101 (91 %)	7 053 (97 %)
2011	10 397 (94 %)	10 573 (97 %)	7 777 (89 %)	6 604 (97 %)
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)
2018	14 604 (94 %)	13 729 (96 %)	6 934 (88 %)	4 216 (88 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	2 192 (94 %)	4 459 (95 %)	9 698 (92 %)	5 467 (94 %)
2010	1 971 (95 %)	4 457 (95 %)	9 632 (93 %)	5 382 (94 %)
2011	1 904 (94 %)	4 312 (94 %)	8 948 (92 %)	4 907 (94 %)
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)
2018	2 342 (96 %)	4 481 (88 %)	10 157 (94 %)	3 327 (92 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	16 536 (91 %)	33 539 (87 %)	5 379 (92 %)	1 784 (96 %)
2010	16 475 (93 %)	33 367 (88 %)	5 126 (90 %)	1 710 (97 %)
2011	14 970 (91 %)	31 083 (87 %)	4 582 (89 %)	1 500 (97 %)
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)
2018	14 744 (89 %)	38 346 (90 %)	5 241 (91 %)	1 890 (97 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	9 556 (92 %)	6 732 (93 %)	6 149 (91 %)	5 083 (94 %)
2010	9 289 (94 %)	6 258 (93 %)	6 296 (92 %)	5 362 (94 %)
2011	8 310 (94 %)	5 788 (93 %)	5 881 (92 %)	4 823 (92 %)
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)
2018	6 535 (93 %)	4 302 (91 %)	6 740 (95 %)	3 230 (93 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	271 (2 %)	302 (2 %)	106 (2 %)	70 (2 %)
ab 18 Jahre	14 333 (98 %)	13 427 (98 %)	6 828 (98 %)	4 146 (98 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	31 (1 %)	80 (2 %)	122 (1 %)	103 (3 %)
ab 18 Jahre	2 311 (99 %)	4 401 (98 %)	10 035 (99 %)	3 224 (97 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	285 (2 %)	595 (2 %)	111 (2 %)	32 (2 %)
ab 18 Jahre	14 459 (98 %)	37 751 (98 %)	5 130 (98 %)	1 858 (98 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
bis 17 Jahre	206 (3 %)	165 (4 %)	63 (1 %)	90 (3 %)
ab 18 Jahre	6 329 (97 %)	4 137 (96 %)	6 677 (99 %)	3 140 (97 %)

Tabelle 17: Hilfeempfangenden (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	3 847 (36 %)	5 900 (46 %)	1 991 (25 %)	2 048 (28 %)
2010	3 368 (31 %)	6 013 (44 %)	1 846 (23 %)	2 196 (31 %)
2011	3 826 (37 %)	4 905 (46 %)	1 616 (21 %)	2 191 (33 %)
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)
2018	2 332 (16 %)	2 696 (20 %)	1 211 (17 %)	998 (24 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	264 (12 %)	898 (20 %)	2 203 (23 %)	1 456 (27 %)
2010	253 (13 %)	1 010 (23 %)	2 060 (22 %)	1 423 (26 %)
2011	287 (15 %)	1 002 (23 %)	2 055 (23 %)	1 364 (28 %)
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)
2018	168 (7 %)	1 140 (25 %)	1 625 (16 %)	759 (23 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	2 603 (16 %)	5 705 (17 %)	1 323 (25 %)	274 (15 %)
2010	2 511 (15 %)	5 776 (17 %)	1 569 (31 %)	271 (16 %)
2011	2 358 (16 %)	5 733 (18 %)	1 099 (24 %)	243 (16 %)
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)
2018	1 982 (13 %)	5 687 (15 %)	1 084 (21 %)	212 (11 %)

HiE mit Arbeitseinkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	1 501 (16 %)	1 467 (22 %)	1 825 (30 %)	2 342 (46 %)
2010	1 434 (15 %)	1 517 (24 %)	1 876 (30 %)	2 372 (44 %)
2011	1 343 (16 %)	1 370 (24 %)	1 934 (33 %)	2 071 (43 %)
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)
2018	1 355 (21 %)	765 (18 %)	2 023 (30 %)	1 412 (44 %)

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	646 (6 %)	1 327 (10 %)	207 (3 %)	254 (4 %)
2010	654 (6 %)	1 192 (8 %)	185 (2 %)	265 (4 %)
2011	641 (6 %)	670 (6 %)	197 (3 %)	285 (4 %)
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)
2018	12 (0 %)	256 (2 %)	44 (1 %)	91 (2 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	57 (3 %)	233 (5 %)	531 (6 %)	274 (5 %)
2010	49 (2 %)	303 (7 %)	453 (5 %)	289 (5 %)
2011	44 (2 %)	293 (7 %)	335 (4 %)	304 (6 %)
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)
2018	28 (1 %)	98 (2 %)	225 (2 %)	114 (3 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	652 (4 %)	1 507 (4 %)	298 (6 %)	77 (4 %)
2010	614 (4 %)	1 354 (4 %)	290 (6 %)	69 (4 %)
2011	538 (4 %)	1 176 (4 %)	275 (6 %)	73 (5 %)
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)
2018	350 (2 %)	956 (2 %)	185 (3 %)	33 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	302 (3 %)	178 (3 %)	247 (4 %)	513 (10 %)
2010	281 (3 %)	148 (2 %)	241 (4 %)	448 (8 %)
2011	262 (3 %)	168 (3 %)	243 (4 %)	379 (8 %)
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)
2018	160 (2 %)	68 (2 %)	174 (3 %)	81 (2 %)

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	654 (6 %)	555 (4 %)	262 (3 %)	306 (4 %)
2010	680 (6 %)	629 (5 %)	313 (4 %)	291 (4 %)
2011	659 (6 %)	523 (5 %)	332 (4 %)	245 (4 %)
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)
2018	533 (4 %)	32 (0 %)	104 (2 %)	104 (2 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2009	98 (4 %)	251 (6 %)	325 (3 %)	357 (6 %)
2010	81 (4 %)	150 (3 %)	315 (3 %)	317 (6 %)
2011	76 (4 %)	129 (3 %)	268 (3 %)	301 (6 %)
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)
2018	32 (1 %)	34 (1 %)	188 (2 %)	92 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	844 (5 %)	1 015 (3 %)	55 (1 %)	102 (6 %)
2010	885 (5 %)	1 040 (3 %)	158 (3 %)	89 (5 %)
2011	896 (6 %)	951 (3 %)	180 (4 %)	85 (6 %)
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)
2018	465 (3 %)	520 (1 %)	99 (2 %)	44 (2 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2009	390 (4 %)	763 (11 %)	296 (5 %)	413 (8 %)
2010	376 (4 %)	686 (11 %)	299 (5 %)	446 (8 %)
2011	319 (4 %)	656 (11 %)	251 (4 %)	428 (9 %)
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)
2018	95 (1 %)	350 (8 %)	148 (2 %)	89 (3 %)

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	3 563 (33 %)	4 879 (38 %)	5 050 (64 %)	3 881 (54 %)
2010	3 551 (33 %)	5 580 (41 %)	5 285 (65 %)	3 460 (49 %)
2011	3 443 (33 %)	4 323 (41 %)	5 124 (66 %)	3 122 (48 %)
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)
2018	6 283 (43 %)	6 232 (45 %)	4 810 (69 %)	2 214 (53 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	1 316 (60 %)	2 328 (52 %)	4 595 (47 %)	2 868 (52 %)
2010	1 180 (60 %)	2 411 (54 %)	4 550 (47 %)	2 830 (53 %)
2011	1 141 (60 %)	1 966 (46 %)	4 292 (48 %)	2 466 (50 %)
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)
2018	1 566 (67 %)	2 388 (53 %)	5 253 (52 %)	1 779 (53 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	8 545 (52 %)	16 205 (48 %)	2 015 (38 %)	995 (56 %)
2010	8 671 (53 %)	16 232 (49 %)	2 025 (40 %)	949 (55 %)
2011	7 549 (50 %)	14 817 (48 %)	1 767 (39 %)	783 (52 %)
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)
2018	8 037 (55 %)	21 477 (56 %)	2 371 (45 %)	1 282 (68 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	6 423 (67 %)	3 825 (57 %)	2 559 (42 %)	1 563 (31 %)
2010	6 172 (66 %)	3 463 (56 %)	2 663 (42 %)	1 791 (34 %)
2011	5 537 (67 %)	3 163 (55 %)	2 328 (40 %)	1 602 (33 %)
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)
2018	3 821 (59 %)	2 613 (61 %)	3 178 (47 %)	1 277 (39 %)

Tabelle 21: Hilfeempfangenerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	109 (1 %)	2 (0 %)	202 (3 %)	62 (1 %)
2010	118 (1 %)	9 (0 %)	263 (3 %)	73 (1 %)
2011	129 (1 %)	20 (0 %)	341 (4 %)	70 (1 %)
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)
2018	1 733 (12 %)	869 (6 %)	686 (10 %)	364 (9 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	95 (4 %)	111 (3 %)	108 (1 %)	3 (0 %)
2010	67 (3 %)	103 (2 %)	118 (1 %)	2 (0 %)
2011	77 (4 %)	195 (4 %)	156 (2 %)	6 (0 %)
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)
2018	225 (10 %)	250 (6 %)	713 (7 %)	134 (4 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	343 (2 %)	796 (2 %)	3 (0 %)	23 (1 %)
2010	357 (2 %)	786 (2 %)	10 (0 %)	18 (1 %)
2011	396 (3 %)	831 (3 %)	6 (0 %)	14 (1 %)
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)
2018	946 (6 %)	2 768 (7 %)	239 (5 %)	57 (3 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	35 (0 %)	77 (1 %)	88 (1 %)	24 (1 %)
2010	36 (0 %)	90 (1 %)	95 (1 %)	34 (1 %)
2011	46 (1 %)	107 (2 %)	131 (2 %)	33 (1 %)
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)
2018	411 (6 %)	170 (4 %)	431 (7 %)	185 (6 %)

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	136 (1 %)	78 (1 %)	18 (0 %)	26 (0 %)
2010	121 (1 %)	73 (1 %)	16 (0 %)	25 (0 %)
2011	98 (1 %)	60 (1 %)	11 (0 %)	28 (0 %)
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)
2018	0 (0 %)	1 620 (12 %)	8 (0 %)	21 (0 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	19 (1 %)	6 (0 %)	454 (5 %)	32 (1 %)
2010	29 (1 %)	6 (0 %)	502 (5 %)	49 (1 %)
2011	26 (1 %)	3 (0 %)	494 (6 %)	41 (1 %)
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)
2018	22 (1 %)	155 (4 %)	1 341 (13 %)	31 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	2 067 (13 %)	842 (3 %)	34 (1 %)	21 (1 %)
2010	2 036 (12 %)	1 004 (3 %)	42 (1 %)	30 (2 %)
2011	1 985 (13 %)	711 (2 %)	40 (1 %)	31 (2 %)
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)
2018	2 133 (15 %)	989 (3 %)	43 (1 %)	26 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	91 (1 %)	25 (0 %)	78 (1 %)	103 (2 %)
2010	120 (1 %)	28 (0 %)	170 (3 %)	84 (2 %)
2011	106 (1 %)	27 (0 %)	164 (3 %)	110 (2 %)
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)
2018	120 (2 %)	13 (0 %)	159 (2 %)	62 (2 %)

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	1 782 (17 %)	101 (1 %)	185 (2 %)	628 (9 %)
2010	2 423 (22 %)	68 (1 %)	193 (2 %)	743 (11 %)
2011	1 601 (16 %)	72 (1 %)	156 (2 %)	663 (10 %)
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)
2018	3 711 (25 %)	2 024 (15 %)	71 (1 %)	424 (10 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009	343 (16 %)	632 (14 %)	1 482 (15 %)	477 (9 %)
2010	312 (16 %)	474 (11 %)	1 634 (17 %)	472 (9 %)
2011	253 (13 %)	724 (17 %)	1 348 (15 %)	425 (9 %)
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)
2018	301 (13 %)	416 (9 %)	812 (8 %)	418 (13 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009	1 482 (9 %)	7 469 (22 %)	1 651 (31 %)	292 (17 %)
2010	1 401 (9 %)	7 175 (22 %)	1 032 (20 %)	284 (17 %)
2011	1 248 (8 %)	6 864 (22 %)	1 215 (27 %)	271 (18 %)
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)
2018	831 (6 %)	5 949 (16 %)	1 220 (23 %)	236 (13 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2009	814 (9 %)	397 (6 %)	1 056 (17 %)	125 (2 %)
2010	870 (9 %)	326 (6 %)	952 (15 %)	187 (3 %)
2011	697 (8 %)	297 (5 %)	830 (14 %)	200 (4 %)
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)
2018	573 (9 %)	323 (7 %)	627 (9 %)	124 (4 %)

Tabelle 24: Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Dieses Merkmal wird seit Einführung der Datenschutzgrundverordnung für die Sozialdatenstatistik des Bundes nicht mehr erhoben.

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2018 nach Bundesländern

Schwangerschafts- woche	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	467 (3 %)	0 (0 %)	62 (1 %)	79 (2 %)
13. bis 20.	5 619 (39 %)	3 462 (25 %)	794 (11 %)	863 (20 %)
nach der 20.	8 518 (58 %)	10 267 (75 %)	6 078 (88 %)	3 274 (78 %)

Schwangerschafts- woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
1. bis 12.	22 (1 %)	146 (3 %)	308 (3 %)	54 (2 %)
13. bis 20.	160 (7 %)	1 159 (26 %)	2 029 (20 %)	709 (21 %)
nach der 20.	2 160 (92 %)	3 176 (71 %)	7 820 (77 %)	2 564 (77 %)

Schwangerschafts- woche	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1. bis 12.	215 (2 %)	2 473 (7 %)	403 (8 %)	214 (11 %)
13. bis 20.	4 178 (28 %)	12 426 (32 %)	1 173 (22 %)	661 (35 %)
nach der 20.	10 351 (70 %)	23 447 (61 %)	3 665 (70 %)	1 015 (54 %)

Schwangerschafts- woche	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
1. bis 12.	439 (7 %)	94 (2 %)	541 (8 %)	7 (0 %)
13. bis 20.	2 383 (36 %)	1 351 (31 %)	1 929 (29 %)	354 (11 %)
nach der 20.	3 713 (57 %)	2 857 (67 %)	4 270 (63 %)	2 869 (89 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2018 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7 828 (54 %)	7 237 (53 %)	3 405 (49 %)	1 428 (34 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	5 116 (35 %)	4 717 (34 %)	2 507 (36 %)	1 757 (42 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 660 (11 %)	1 775 (13 %)	1 022 (15 %)	1 031 (24 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 108 (47 %)	2 326 (52 %)	5 863 (58 %)	1 034 (31 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	878 (38 %)	1 518 (34 %)	3 321 (33 %)	1 522 (46 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	356 (15 %)	637 (14 %)	973 (9 %)	771 (23 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	7 636 (52 %)	20 760 (54 %)	2 833 (54 %)	1 122 (59 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 468 (30 %)	11 871 (31 %)	1 511 (29 %)	527 (28 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 640 (18 %)	5 715 (15 %)	897 (17 %)	241 (13 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	2 345 (36 %)	1 525 (36 %)	3 520 (52 %)	1 229 (38 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	2 696 (41 %)	1 944 (45 %)	1 910 (28 %)	1 080 (33 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 494 (23 %)	833 (19 %)	1 310 (20 %)	921 (29 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	153 (100 %)	50 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (85 %)	77 (50 %)	45 (90 %)	49 (79 %)
Staatlich/kommunal	21 (15 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	13 (21 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	155 (100 %)	54 (100 %)	63 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (83 %)	78 (50 %)	49 (91 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	77 (50 %)	5 (9 %)	12 (19 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	125 (100 %)	148 (100 %)	52 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	104 (82 %)	72 (50 %)	47 (90 %)	52 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	41 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	249 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	76 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	245 (100 %)	181 (100 %)	81 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	168 (69 %)	158 (87 %)	81 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	77 (31 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	247 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (70 %)	157 (87 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	75 (30 %)	23 (13 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	77 (100 %) ¹⁰	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %) ⁹	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (77 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	53 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)

¹⁰ Nachträgliche Korrektur.

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2009				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	50 (100 %)	49 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	60 (75 %)	48 (96 %)	36 (73 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	20 (25 %)	2 (4 %)	13 (27 %)	0 (0 %)
2010				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	80 (100 %)	49 (100 %)	50 (100 %)	40 (100 %)
Freie Trägerschaft	61 (76 %)	47 (96 %)	37 (74 %)	40 (100 %)
Staatlich/kommunal	19 (24 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2011				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (78 %)	46 (96 %)	37 (74 %)	39 (100 %)
Staatlich/kommunal	18 (22 %)	2 (4 %)	13 (26 %)	0 (0 %)
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	48 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	37 (77 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (23 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2018 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2-facher RS	2,0 x RS (Härtefälle 2,5 x RS) + Familienzuschläge 90 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO: 4 x RS Paare u. HA; 5 x RS Alleinstehende (Bruttobezüge)	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	HV = 2 x RS HA = 1 x RS + Unterkunftskosten	AL: 3 x RL HV/HA: 2 x RL Kinder: 1 ½ RL zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	1,5-facher RS bei HV und HA; 2-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL 2,5 + KdU ansonsten 1,5 + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5 x RS AL 2 x RS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit	HV/HA = 1,5 x RS AL = 2 x RS KdU+Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HV = 2 x RS AL = 3 x RS zzgl. Unterbringungskosten	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS+ Mehrbedarf für Schwangere + angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53AO; Folgeanträge möglich

Abkürzungen:

AL: Alleinerziehende; angem.: angemessene; AO: Abgabenordnung; HA: Haushaltsangehörige/r; HV: Haushaltsvorstand; KdU: Kosten der Unterkunft/Unterbringung; RL: Regelleistung; RS: Regelsatz

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2018 nach Bundesländern

Durchschnittsbe- trag in Euro	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2009	1 110	1 080	644	465
2010	1 124	1 029	626	495
2011	1 085	1 250	599	536
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711
2018	628	1 142	679	800

Durchschnittsbe- trag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2009	437	548	688	417
2010	454	619	684	435
2011	467	549	744	455
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597
2018	428	526	684	722

Durchschnittsbe- trag in Euro	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2009	543	605	840	731
2010	523	597	832	715
2011	548	616	953	751
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545
2018	560	501	813	588

Durchschnittsbe- trag in Euro	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2009	612	521	528	615
2010	616	514	517	630
2011	653	575	517	606
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813
2018	860	691	481	843

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2018 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	7 857 (54 %)	1 310 (9 %)	424 (6 %)	0 (0 %)
Bis 600 Euro	129 (1 %)	3 026 (22 %)	1 517 (22 %)	359 (8 %)
Bis 1 000 Euro	6 443 (44 %)	5 031 (37 %)	4 471 (65 %)	2 754 (65 %)
Bis 1 500 Euro	0 (0 %)	3 520 (26 %)	364 (5 %)	1 080 (26 %)
Über 1 500	175 (1 %)	842 (6 %)	158 (2 %)	23 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	1 093 (47 %)	244 (6 %)	293 (3 %)	6 (0 %)
Bis 600 Euro	857 (36 %)	2 931 (65 %)	4 010 (39 %)	2 072 (62 %)
Bis 1 000 Euro	369 (16 %)	1 222 (27 %)	5 379 (53 %)	496 (15 %)
Bis 1 500 Euro	21 (1 %)	73 (2 %)	383 (4 %)	728 (22 %)
Über 1 500 Euro	2 (0 %)	11 (0 %)	92 (1 %)	25 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	918 (6 %)	4 323 (11 %)	949 (18 %)	158 (8 %)
Bis 600 Euro	9 165 (62 %)	26 016 (68 %)	1 876 (36 %)	1 099 (58 %)
Bis 1 000 Euro	3 130 (21 %)	7 307 (19 %)	881 (17 %)	354 (19 %)
Bis 1 500 Euro	1 444 (10 %)	663 (2 %)	1 137 (22 %)	248 (13 %)
Über 1 500 Euro	87 (1 %)	37 (0 %)	398 (7 %)	31 (2 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	633 (10 %)	192 (5 %)	1 603 (24 %)	283 (9 %)
Bis 600 Euro	1 662 (25 %)	906 (21 %)	4 120 (61 %)	585 (18 %)
Bis 1 000 Euro	2 085 (32 %)	3 023 (70 %)	949 (14 %)	1 457 (45 %)
Bis 1 500 Euro	1 497 (23 %)	119 (3 %)	65 (1 %)	788 (24 %)
Über 1 500 Euro	658 (10 %)	62 (1 %)	3 (0 %)	117 (4 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	beides	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	2 230 413	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	10 000

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	250 000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	nein	2 150	nein	44 421

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4:	Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	10
Tabelle 8:	Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	10
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2018	11
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	12
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	12
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	17
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	18
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	19
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	20
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	24
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern	25
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	26
Tabelle 24:	Staatsangehörigkeit der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	27
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2018 nach Bundesländern	27
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2018 nach Bundesländern	28
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	29
Tabelle 28:	Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2018 nach Bundesländern	33
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2018 nach Bundesländern	34
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2018 nach Bundesländern	35
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	36
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen	36
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	36